

# BUNDESTAG AKTUELL

## Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 29. Oktober 2010

### **Arbeit muss sich lohnen – Neuregelung der Hinzuverdienstgrenzen**

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten wollen wir das Arbeitslosengeld II (ALG II) nicht möglichst bequem ausgestalten und einen Status zementieren, sondern die Menschen in Arbeit bringen.

Das Bundeskabinett hat deshalb im Zuge der Neugestaltung der Regelleistung nach SGB-II am vergangenen Mittwoch auch eine Neuregelung der Hinzuverdienstgrenzen beschlossen, die ALG II-Empfängern den Absprung in eine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erleichtern soll.

Die Hinzuverdienste sollen daher ab dem 1. Juli 2011 wie folgt geregelt werden: Die ersten 100 Euro Hinzuverdienst bleiben für ALG II-Empfänger als Freibetrag bestehen. Gleich bleibt auch, dass bei einem Zuverdienst zwischen 100 und 800 Euro 20 Prozent nicht angerechnet werden.

Neu ist hingegen, dass ALG II-Empfänger bei einem Hinzuverdienst bis 1.000 Euro vom Betrag zwischen 800 und 1.000 Euro nun 20 statt derzeit 10 Prozent behalten dürfen.

Für die Beitragsspanne von 1.000 bis 1.200 Euro bzw. 1.000 bis 1.500 Euro (für Haushalte mit Kindern) bleibt es wie bisher bei zehn Prozent.

Der Betrag, den ALG-II-Empfänger maximal im Monat hinzuverdienen können, steigt damit für Alleinstehende um 20 Euro von 280 auf 300 Euro, für Familien mit Kindern von 310 auf 330 Euro.

Damit setzen wir für Hinzuverdiener Anreize, mehr Stunden und damit vollzeitnäher zu arbeiten.

### **Erste Zusammenkunft der 09er Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

In dieser Woche hat sich die 09er Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegründet. Diese Gruppe ist ein Zusammenschluss aller 2009 neu in den Bundestag gewählten Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gemeinsam mit fünf meiner neuen Kollegen habe ich die Gründung der Gruppe initiiert.

Für das erste Treffen ist es mir gelungen, unseren Parlamentarischen Geschäftsführer Peter Altmaier zu uns einzuladen.



Er hat uns von seinem ersten Jahr und von seinen Erfahrungen als Parlamentsneuling berichtet und uns den einen oder anderen Tipp gegeben. Anschließend hatten wir Gelegenheit uns untereinander weiter kennenzulernen und auch mit ihm als Mitglied der Fraktionsspitze ganz ungezwungen ein paar Worte zu wechseln.

Für das nächste Treffen hat uns Peter Altmaier zu sich in seine Wohnung eingeladen—das hat uns natürlich ganz besonders gefreut. Außerdem planen wir für eine der nächsten Zusammenkünfte Bundeskanzlerin Angela Merkel einzuladen.

---

## Haushaltsbegleitgesetz

In zweiter und dritter Lesung haben wir das Haushaltsbegleitgesetz 2011 debattiert und verabschiedet.

Damit haben wir rund ein Drittel des in Eckpunkten von der Bundesregierung Anfang Juni beschlossenen Zukunftspakets mit einem Gesamtvolumen von rd. 82 Mrd. € (2011 bis 2014) umgesetzt.

Weitere Maßnahmen werden im Zuge der allgemeinen Haushaltsberatung zum Bundeshaushalt 2011 beschlossen. Das Zukunftspaket gewährleistet, dass der Bund die

grundgesetzliche Schuldenbremse und die Zusage gegenüber unseren europäischen Partnern einhalten wird, spätestens im Jahr 2013 das 3%-Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzuhalten. Mit dem Zukunftspaket setzen wir eine wachstumsfreundliche Defizitreduzierung um. Dies hat uns auch internationale Anerkennung eingebracht.

Ich freue mich ganz besonders, dass meine Fraktion mich gebeten hat, zu diesem bedeutenden Thema zu sprechen. Das ist für einen Neuling nicht

selbstverständlich. Ich habe in meiner Rede vor allem die Änderungen beim Elterngeld thematisiert.



---

## Restrukturierungsgesetz: Bankenabgabe, Bankenrestrukturierung und Finanzmarktregulierung

Mit dem Restrukturierungsgesetz werden die Eckpunkte zur Bankenrestrukturierung und Finanzmarktregulierung vom 31.03.2010 umgesetzt sowie die Gehälter von Mitarbeitern staatlich gestützter Banken auf 500.000 Euro pro Jahr gedeckelt. Bei Banken, an denen der Staat mit mehr als 75 Prozent beteiligt ist, werden künftig variable Vergütungen wie Boni komplett gestrichen. Bei Banken, an denen der Bund eine geringere Beteiligung hält, bleiben erfolgsabhängige Prä-

mien erhalten, doch darf die Summe aus fixer und variabler Vergütung die Obergrenze von 500.000 Euro nicht überschreiten.

Durch die Einführung einer Insolvenzordnung für Kreditinstitute wird zukünftig eine geordnete Sanierung oder Abwicklung von Banken, die in eine Schieflage geraten sind, möglich.

Zudem soll der Finanzsektor durch Einführung einer Bankenabgabe die Kosten für die Abwicklung einer

systemrelevanten Bank selbst aufbringen, sodass sich das Engagement des Staates auf das Notwendigste beschränken kann. Die Zuständigkeit für die Bankenrestrukturierung und die Verwaltung des Stabilitätsfonds wird der Finanzmarktstabilisierungsanstalt über das Jahr 2010 hinaus dauerhaft übertragen. Der Bankenaufsicht wird das Recht eingeräumt, jederzeit einzugreifen, wenn eine Bank in Schwierigkeiten gerät.

---

## Deutschland im Aufschwung

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren in ihrer Gemeinschaftsdiagnose für das Jahr 2010 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,5 Prozent und erwarten mit einem weite-

ren Anstieg um zwei Prozent auch für das Jahr 2011 ein kräftiges Wachstum, das über dem europäischen Durchschnitt liegen dürfte. Nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute wird sich auch

die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 erstmals seit 1992 unter 3 Mio. liegen.

---

### Büro Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227-71322  
Fax: 030/227-76932

Email: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)  
Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)

Redaktion: Tatjana Range